Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 28 München, 8. Juli 1932 19. Jahrgang

Von Pfefferkorn zu Peperkorn

In unserer letzten Nummer haben wir über das nationalsozialistische Gesetzgebungsvorspiel im preußischen Landtag berichtet. Die nachfolgende überaus interessante historische Betrachtung zu den Reden in der Nachtsitzung des preußischen Landtages finden wir in der Breslauer „Jüdischen Zeitung". Nach einer Wiedergabe der Gesetzentwürfe usw. fährt der Artikel fort:

Rufer im Streit in der denkwürdigen Nacht vom 24. zum 25. Juni war Herr Pastor Peperkorn aus Viol in Schleswig-Holstein, der bei der Aussprache über Kulturfragen für seine Partei ein grundsätzliches Bekenntnis zum Antisemitismus abgab, wie man es in dieser Form selbst bei den Nationalsozialisten nicht gehört hat.

Peperkorn? Der Name dieses Mannes, der uns bisher als geistiger Führer des deutschen Volkes noch nicht bekannt gewesen ist, kommt uns so sonderbar vertraut vor. Ist er nicht die norddeutsche Abwandlung des Namens eines Mannes, der vor mehr als 400 Jahren in der jüdischen Geschichte eine so traurige und bedeutungsvolle Rolle gespielt hat, Johann Pfefferkorn ist für uns der Typ des letzten Kämpfers des deutschen Mittelalters gegen die herankommende neue Zeit. Pfefferkorns Angriffe gegen das Judentum, die von den „Dunkelmännern" in Köln, dem Dominikanerorden und seinem Anhang unterstützt wurden, waren es die Männer wie Reuchlin und Ulrich von Hutten auf den Plan riefen. Nicht um das Judentum in Schutz zu nehmen, dem sie ebenso wie alle anderen ihrer Zeitgenossen fremd und ablehnend gegenüberstanden, sondern um der Lüge und Gemeinheit, die von Pfefferkorn und seinen Beschützern verbreitet wurden, entgegenzutreten, nahmen Reuchlin und von Hutten den Kampf mit dem allmächtigen Dominikanerorden und damit mit der ganzen katholischen Kirche auf. Und so wurde aus der Abwehr der Angriffe Pfefferkorns der Kampf zwischen Humanismus und Mittelalter und der Beginn einer neuen Zeit für ganz Europa.

Nicht nur der Name des neuen Antisemitenhäuptlings Peperkorn erinnert uns an die damalige Zeit, auch die Methoden sind heute dieselben, wie sie damals gewesen sind. In der Kulturdebatte des Landtags hat Peperkorn folgendes erklärt:

„Wohin wir blicken, sehen wir die bestellten Zersetzer des deutschen Volkes: die Juden, die Juden und immer wieder die Juden! Es ist eine klare Zielsetzung mit einer ganz präzise innegehaltenen Marschrichtung, die hier erfolgt. Es ist die Absicht, die Seele, das Gemüt des deutschen Volkes erst einmal zu entleeren; und wenn die Seele erst einmal entleert ist, dann soll sie, dann soll das Gemüt bis an den Rand mit Gift gefüllt werden. Ist aber erst einmal die Seele, das Gemütsempfinden des deutschen Volkes getötet, dann können die Feinde dieses deutschen Volkes ihm den Fuß auf den Nacken setzen und es wirtschaftlich knechten. Wir bleiben für alle Ewigkeit Antisemiten (stürmisches Händeklatschen bei den Nationalsozialisten). Dabei erklären wir: wir denken nicht an Judenpogrome.

Genau so ließ sich Pfefferkorn vernehmen. Auch er predigte zuerst Zurückhaltung und richtete die Bitte an die Christen, die Juden nicht auszuweisen, da sie bisher stets von einem Exil ins andere gehetzt worden seien, ihnen auch keinen allzu unerträglichen Druck aufzuerlegen, da sie doch gewissermaßen auch Menschen seien. Diese „Freundlichkeiten" waren aber bei Pfefferkorn ebenso wie heute bei den Nationalsozialisten nur leerer Schein. Späterhin empfahl Pfefferkorn, das deutsche Land genau so gründlich von den Juden zu säubern, wie dies bereits — in damaliger Zeit — in England, Frankreich und Spanien geschehen sei. Ebenso hat auch der nationalsozialistische Abgeordnete Bauer in einer Versammlung in München erklärt: „den Juden in Deutschland, die nicht durch einen rein arischen Gerichtshof ‚streng legal' abgeurteilt würden, würde man das Leben so sauer machen, daß sie in Deutschland keine Lebensmöglichkeit sähen und auswanderten. Das Dritte Reich werde die Juden wie Blattläuse behandeln. Er habe einmal in seiner Schule die Aufgabe gestellt, wie man sich am besten gewisser Schmarotzer erwehren könne. Er habe die Juden zwar nicht genannt, aber die Kinder hätten es sofort verstanden, zumal er versteckt auf Rußland, Österreich und Deutschland hingewiesen habe, die die Juden nacheinander abgegrast hätten."

Allen den nationalsozialistischen Parteiführern, die es in erster Reihe auf das Geld der Juden abgesehen haben und sich die jüdische Konkurrenz vom Halse schaffen wollen, möchte man das entgegenhalten, was Reuchlin in seinem Kampf gegen die Kölner Dominikaner an den Kaiser Maximilian geschrieben hat: „Ich bitte Dich darum, gestatte den Kölnern, die Juden vor ihr Inquisitionstribunal zu ziehen, zu treten und zu berauben, und laß sie es wissen, daß sie es meinem Dazwischentreten zu verdanken haben, ihre Säcke mit jüdische Gelde zu füllen. Wenn Du meiner Bitte Gehör schenken wirst, dann werden sie meine geschändete Ehre wieder herstellen. Denn dann werden sie meine Äußerungen nicht mehr skandalös und ketzerisch empfinden."

Die Methoden sind seit 400 Jahren und mehr die gleichen geblieben. Es ist dasselbe, ob der lauteste Schreier Pfefferkorn oder Peperkorn heißt, ob er ein getaufter Jude ist — wie es Pfefferkorn war — oder der Pfarrer eines kleinen Nestes in Schleswig-Holstein. Stets hat man versucht, die niedrigsten Instinkte gegen die Juden aufzuhetzen und seine Rache- und anderen Gelüste an ihnen zu befriedigen. Stets aber hat das jüdische Volk über die Zeit solcher Verfolgungen hinaus die innere Kraft und den Lebenswillen sich bewahrt, und sich allen Anfeindungen zum Trotz erhalten.

Wenn es auch für uns eine gewisse Beruhigung sein mag, daß die Zeiten eines Pfefferkorns, solange das jüdische Volk im Galuth lebt, immer von neuem gekommen sind und immer wieder überstanden wurden, und wenn wir auch die Überzeugung haben dürfen, daß die Judenverfolgungen der Nationalsozialisten nicht folgenschwerer sein werden, als die der „Dunkelmänner" aller Zeiten, so dürfen wir doch nicht nur darauf vertrauen, daß es „nicht so schlimm" und daß es „bald besser" sein wird. Wir müssen uns darüber klar sein, daß den Juden in Deutschland schwere Jahre bevorstehen, und wir müssen alle unsere Kräfte zusammenfassen, um den Angriffen, mit denen wir in nächster Zeit rechnen müssen, gerüstet gegenüberzustehen. Als Pfefferkorn mit Vollmacht des Kaisers Maximilian in Frankfurt a. M. alle hebräischen Bücher verbrennen lassen wollte, berief die jüdische Gemeinde in Frankfurt einen Gemeindetag, um über die Vereitelung der boshaften Anschläge Pfefferkorns zu beraten. Kleinere Gemeinden steuerten damals ihre Beiträge zu den notwendigen Ausgaben bei. Aber die größeren und reicheren zeigten sich dem Ruf der Frankfurter gegenüber gleichgültig. Erst als infolge des zweiten Mandates des Kaisers von neuem die jüdischen Bücher nicht nur in Frankfurt, sondern auch in anderen Gemeinden konfisziert wurden, steuerten auch die größeren Gemeinden zu dem gemeinsamen Opfer bei. Ebenso wie damals hoffen noch große Teile des deutschen Judentums, die Entwicklung der Dinge untätig und in Ruhe abwarten zu können. Wir halten es für unsere Pflicht, immer von neuem alle, die es angeht, darauf hinzuweisen, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um den Juden jede wirtschaftliche Position, die sie bisher sich noch haben wahren können, zu erhalten, und daß es keineswegs angeht, irgendwelche Teile der jüdischen Bevölkerung oder irgendwelche Berufsgattungen aufzugeben, um die anderen angeblich sicherer bewahren zu können. Glauben wir nicht, daß die Nationalsozialisten bei dem Vermögen der nach dem Jahre 1914 nach Deutschland eingewanderten Ostjuden Halt machen werden, und seien wir uns klar, daß es Pflicht jedes einzelnen ist, alles daran zu setzen, um die Angriffe der Nationalisten zurückzuweisen. F.

Bemerkungen

Neuartige Parität

Noch immer gibt es an den deutschen Hochschulen sogen. paritätische Verbindungen, d. h. solche, die in ihren Satzungen betonen, daß bei der Aufnahme Unterschiede in „konfessioneller Hinsicht" nicht gemacht werden sollen. In Wirklichkeit sind diese paritätischen Verbindungen fast vollständig aus Juden zusammengesetzt — es sollen auch Fälle vorkommen, in denen sie nahezu judenrein sind — ein oder der andere „Renomierchrist" sorgt meist dafür, daß die „Parität" gewahrt bleibt. Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß es wenigstens in den letzten Jahren in vielen Fällen nicht die reinsten Motive sind, die nichtjüdische Studenten in solche Verbindungen führen. Aber ganz abgesehen davon, konnte man bisher annehmen, daß sowohl die nichtjüdischen Studenten in solchen Verbindungen, wie die Verbindungen selbst nicht nur für die jüdische Gleichberechtigung eintraten, sondern sie in ihrer Praxis verwirklichen und eine Andersbewertung der Juden unter keinen Umständen dulden oder gar herbeiführen würden.

Den Gegenbeweis hat eine Würzburger paritätische Verbindung, die „Wirceburgia", im Burschenbunds-Convent geführt. Nach gut begründeten Berichten zuverlässiger Gewährsmänner des Hamburger Isr. Familienblattes hat diese Verbindung, um anläßlich des Chargierens beim 350jährigen Stiftungsfest der Würzburger Universität eine Änderung der bisherigen Rangfolge zu erreichen und nicht zum Schluß mit den jüdischen Verbindungen aufmarschieren zu müssen, den Vorsitzenden der Studentenschaft ersucht, sie nicht an der gewohnten Stelle, sondern vor den katholischen Verbänden chargieren zu lassen, „da sie es ihren christlichen Bundesbrüdern nicht zumuten könnte, zusammen mit den jüdischen Korporationen zu gehen." Dem Ersuchen, wird weiter berichtet, sei stattgegeben worden.

Die wiedergegebene Begründung entbehrt nicht einer geradezu großartigen Originalität; auch dann nicht, wenn das Ersuchen von den christlichen Mitgliedern der Verbindung ausgegangen ist. Sie wäre dann der Inbegriff der Judenverachtung und ließe einen Rückschluß auf recht merkwürdige Geisteshaltung der betreffenden Herren, auf einen sehr neuartigen Paritätsbegriff zu; selbstverständlich auch einen Rückschluß auf die Juden, die mit solchen Leuten in einer Verbindung bleiben.

Wahrscheinlich aber, und das macht die Angelegenheit erst wirklich interessant, stammt das Ersuchen und die Begründung von den jüdischen Mitgliedern der Verbindung; denn Nichtjuden, die schon einmal in einer paritätischen Verbindung sind, ist solch eine Absurdität und Infamie kaum zuzutrauen und selbst wenn es doch so sein sollte, wären sie zahlenmäßig sicher nicht imstande gewesen, etwas derartiges durchzusetzen. Es müssen schon die Juden selbst gewesen sein. Diese Juden gehören offenbar zu denen, die sich aus irgendeinem Grunde für die Besseren und Vornehmeren halten und mit den allgemein verachteten Juden, die sie selbst verachten, nicht zusammengehören wollen, die, um sich selbst zu retten, zu jeder Preisgabe der anderen bereit sind. Kann es einen noch höheren Grad von Würdelosigkeit und feigem Selbstverrat geben?

Sagen wir es offen: die „Parität" war schon seit langem eine Farce und eine höchst peinliche Form der jüdischen Assimilation. Der Würzburger Vorgang beweist, daß sich dies noch verschlimmert hat und er beweist, daß es für die jüdische Selbstentäußerung keine Grenze gibt, die eine „paritätische" Verbindung nicht noch überschreiten könnte.

Es macht keine Freude mehr

Es macht gar keine Freude mehr, das Echo zu lesen, so beklagte sich unlängst ein Abonnent, zuerst kommt ein Leitartikel, in dem die Situation der Juden in düsteren Farben gemalt ist und im Weltecho bringt jede Nummer in der gleichen Reihenfolge Berichte über Friedhofsschändungen, Überfälle, Schächtverbotsanträge. Das weiß man alles schon voraus, man braucht das Blatt gar nicht mehr aufzuschlagen.

Der gute Mann hat recht; es ist buchstäblich so. Nur in einem Punkte täuscht er sich: wenn er glaubt, daß es irgend jemand Freude machen könnte, derartige Nummern zusammenzustellen. Und in einigen anderen Punkten scheint er sich einer ganz falschen Auffassung hinzugeben. Es kann in diesen Zeiten nicht Aufgabe einer jüdischen Zeitschrift sein, Freude zu bringen, indem man an den Ereignissen des Tages vorbeigeht und es kann nicht ihre Aufgabe sein, der weitverbreiteten Neigung, den Kopf in den Sand zu stecken, Vorschub zu leisten. Schließlich ist es wichtiger zu erkennen, was ist, als sich durch literarische und ästhetische Betrachtungen — seien sie an und für sich auch noch so wichtig und schön — eine Ablenkung zu verschaffen. Das Jüdische Echo hat sich die Aufgabe gesetzt, über alles zu unterrichten, was jüdisches Leben der Gegenwart, insbesondere in Deutschland, berührt. Zugegeben: es gehört Mut dazu, den Dingen ins Gesicht zu sehen und innere Sicherheit die stereotype Wiederkehr der gleichen Scheußlichkeiten Woche für Woche zur Kenntnis zu nehmen und es bleibt der Redaktion nur die Hoffnung, daß die Lektüre des „Jüdischen Echo" dazu dienen kann, diesen Mut zu stählen und zu einer inneren Sicherheit beizutragen. I. E.

Das Los der polnischen Juden

Es ist erklärlich, daß im Brennpunkt des jüdischen Interesses in Deutschland die Vorgänge im eigenen Lande stehen. Diese Entwicklung wird auch von den Judenheiten anderer Länder mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. In dieser Haltung dokumentiert sich das übermächtige Gefühl der jüdischen Verbundenheit, die an keiner Landesgrenze Halt macht. Die letzten Entschließungen im Preußischen Landtage haben insbesondere in den Oststaaten Europas Befremden und Entrüstung erregt. Es ist bekannt, daß sich die polnische Regierung zur Entschließung des Preußischen Landtages, die Ostjuden in Preußen zu enteignen, in dem Sinne geäußert hat, daß sie die Rechte ihrer jüdischen Staatsbürger in Deutschland wahrnehmen wird. Im eigenen Lande bemüht sich die gegenwärtige polnische Regierung auch, wohl nicht aus Judenfreundschaft, aber aus allgemein polnisch-politischen Gründen, dem Antisemitismus der polnischen Gesellschaft zu begegnen. Dieser ist aber nach wie vor stark wirksam. Es ist eine Tragik, daß die polnische Regierung, auch wenn man ihren besten Willen als vorhanden voraussetzen wollte, nicht imstande ist, im eigenen Lande die Rechte der jüdischen Staatsbürger wahrzunehmen, gerade in der Zeit, wo sie ihren Willen kundgibt, die Interessen ihrer jüdischen im Ausland lebenden Bürger zu schützen. Die Analyse dieser Situation gehört jedoch in ein anderes Kapitel. Die Judenfrage ist kompliziert und bietet manche kuriose Erscheinung.

Trotz der eigenen Sorgen sollte die jüdische Gemeinschaft in Deutschland auch in diesen schweren Zeiten nicht achtlos an den Zuständen der Judenheiten in anderen Ländern vorbeigehen. Besonders beklagenswert ist die Lage der Juden in Polen. Mit ihr beschäftigen sich in der letzten Zeit angesehene amerikanische Zeitschriften. So hat eine der letzten Nummern der amerikanischen „N a t i o n" einen Aufsatz von Boris S m o l a r veröffentlicht, der vom ökonomischen Standpunkt aus die Lage der polnischen Juden untersucht.

Die Wirtschaftskrise, schreibt Smolar, trifft Polen besonders schwer, weil zwei Hauptexportartikel, Getreide und Holz, dem Sowjetdumping unterliegen. Gerade der Getreide- und der Holzhandel sind aber früher vorwiegend in jüdischen Händen gewesen, im Getreidehandel allein sind vor dem Kriege schätzungsweise 100 000 Juden tätig gewesen. Jetzt ist der Export erstens unter dem russischen Konkurrenzdruck stark gesunken, und zweitens verstaatlicht, und im Binnenhandel werden die Juden durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften verdrängt. — Sodann hat die Verstaatlichung wichtiger Industrien, vor allem der Tabak-, Sprit- und Salzwerke ungeheuer geschadet, da hier überall jetzt ein regelrechter Boykott gegen jüdische Arbeitskräfte durchgeführt wird — ebenso wie in den eigentlichen Staatsbetrieben, bei der Post und der Eisenbahn. Obwohl ein Drittel der Warschauer Bevölkerung, stellen die Juden nur 4% der Angestellten der dortigen Staatsbetriebe! In den Tabakfabriken von Grodno sind früher fast 95% der Beschäftigten Juden gewesen — jetzt sind die Juden dort nur noch ein verschwindender Bruchteil!

Am schlimmsten aber ist wohl die Lage der 345 000 jüdischen Kleinhändler, die 75% aller Kleinhändler des Landes überhaupt bilden. Sie werden nicht nur durch ganz unverhältnismäßig hohe Besteuerung in den Ruin getrieben, sondern außerdem bei der Zuteilung staatlicher Kredite gegenüber ihren nichtjüdischen Berufskollegen schwer benachteiligt. Von 132 Millionen Zloty, die 1930 von der Staatsbank an Kreditgenossenschaften und Banken ausgeliehen wurden, haben die 481 jüdischen Kreditgenossenschaften zusammen nur 361 000 Zloty erhalten! Die Existenz der 150 000 jüdischen Handwerker wird durch eine Reihe raffinierter behördlicher Maßnahmen immer mehr untergraben, um polnische Handwerker an ihre Stelle zu setzen. — Auf den Universitäten endlich ist der Antisemitismus besonders bei den Medizinern und Technikern unerträglich.

Eine gute politische Ergänzung zu Smolars volkswirtschaftlicher Studie bildet ein Aufsatz des bekannten amerikanischen Juden Michael Farbmann in der „New Republic" über „Polen als werdendes Reich". Den heutigen Besucher Polens frappiere auf Schritt und Tritt die Fortdauer altösterreichischer, noch weit mehr aber zaristischer Zustände. So ähnele vor allem das Verhältnis der Polen zu den übrigen Nationalitäten des Landes dem früheren Verhältnis der Großrussen zu den übrigen Bewohnern des Zarenreiches. Nur die Polen seien Staatsbürger erster Klasse; die Deutschen seien eine zwar nicht beliebte, aber auch keinesfalls verachtete Minderheit, die übrigen Nationalitäten aber, vor allem die Ukrainer und Juden, würden ganz offen als getreue Unterschicht (underdogs) behandelt. Die relativ bevorzugte Stellung der deutschen Minderheit hinge damit zusammen, daß jeder deutsch-polnische Konflikt von Deutschland vor den Völkerbund gebracht werden könnte; wer aber trete in Genf für die Juden oder Ukrainer ein? Als die letzteren, deren Lage in Polen der jüdischen sehr ähnele, versuchten, ihre Beschwerden vor den Völkerbund zu bringen, und ein gewisses Maß lokaler Autonomie für Ostgalizien zu erlangen, war ganz Polen empört über sie; täten die Juden etwas ähnliches, so würden sie entweder als Hochverräter denunziert oder einfach ausgelacht werden! Minderheiten wie die Juden und Ukrainer würden von den Polen eben noch geduldet, dürften es sich aber nicht einfallen lassen, etwa Gleichberechtigung zu verlangen! Für die Lage der Juden sei es bezeichnend, daß die Rechtsopposition sofort daraus politisches Kapital zu schlagen suche, wenn die Regierung die Juden auch nur gegen die gröb-

sten antisemitischen Ausschreitungen schütze — dann werde sie als „judenfreundlich" verschrien! Die jüngsten antisemitischen Universitätskrawalle hätten eine wirtschaftliche Ursache und einen politischen Zweck. Es bestehe nämlich in Polen ein durch die Wirtschaftskrise verschärftes Überangebot an Akademikern. Während man aber anderwärts den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erwarten würde, liege in Polen die Versuchung allzu nahe, das Gleichgewicht durch terroristische Ausschaltung der „minderwertigen Rassen" herzustellen, und diese terroristische Methode werde von der öffentlichen Meinung Polens weitgehendst gebilligt! — Da der Nationalitätenkampf, dessen Zeichen man überall begegne, noch durch die wirtschaftliche Not verschärft werde, so sei die Erbitterung im Lande derart groß, daß man an eine Stabilität der Verhältnisse nicht glauben und ein Voraussagen nicht wagen könne. — Farbmann schildert dann die Parteikämpfe und die außenpolitische Lage Polens, um all die ungeheuren Spannungen, die das neue Staatswesen zu zersprengen drohen, sichtbar zu machen.

Aus der jüdischen Welt

Antisemitischer Überfall auf den Geschäftsführer der Göttinger Synagoge

Göttingen, 3. Juli. (JTA.) Der Geschäftsführer der Göttinger Synagogengemeinde Taustein wurde in der Nacht von vier Nationalsozialisten, die ihn im Kraftwagen verfolgt hatten, überfallen, mit der Anlasserkurbel des Autos mehrere Male über den Kopf geschlagen, so daß er bewußtlos und blutüberströmt zusammenbrach. Vor der Tat schrien ihm die S.A.-Leute zu: „In Düsseldorf sind zwei Parteigenossen erschossen worden, dafür mußt du büßen!" Taustein wurde schwer verletzt in die chirurgische Klinik gebracht, die Täter sind ermittelt worden.

Raubmörder aus Antisemitismus

Berlin, 29. Juni. (JTA.) Das Landgericht Berlin I fällte am Dienstag nachmittag das Urteil gegen den 17jährigen Zepernick und den 22jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. an dem jüdischen Kaufmann Meyerhardt einen Raubmord begangen zu haben. Der junge Zepernick wurde zu sechs Jahren und einem Monat Gefängnis, Rühlow zu zwölf Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. In der Verhandlung vor Gericht erklärten beide Angeklagten, ihre Tat sei der nationalsozialistischen Ideologie entsprungen. Zepernick und Rühlow waren Nationalsozialisten. Zepernick war auch zeitweilig in der S.A. Rühlow erschien in der Fortbildungsschule mit dem Hakenkreuz geschmückt und man war gezwungen, gegen ihn displinarisch vorzugehen. Vor Gericht sagten beide, in Tränen aufgelöst: „Wir dachten uns, Meyerhardt ist ein Jude, er saugt die Arbeiter aus, ihm kann man Geld wegnehmen. Dem sollte man was zeigen." Und für die plötzliche Ernüchterung, Angesicht zu Angesicht mit dem Opfer, hatte Rühlow folgende Erklärung: „Wir verloren plötzlich den Mut und die Nerven, wir hatten uns gedacht, wir würden einen Mann mit einer Hakennase vor uns sehen, ein geiziges Gesicht. Statt dessen sahen wir ein gutes Gesicht. Deshalb rief ich: „Das ist er nicht!"

Antisemitische Unruhen in der Berliner Universität

Berlin, 30. Juni. (JTA.) Nachdem am Dienstag, den 28. Juni, Versuche der Nationalsozialisten, im Anschluß an eine Kundgebung im Lustgarten antisemitische Unruhen in der Universität hervorzurufen, mißlungen waren, entlud sich die gespannte Stimmung erst am Donnerstag, den 30. Juni. Gegen Mittag bildeten sich nationalsozialistische Studententrupps, die überall in der Halle herumstanden, das Horst Wessel-Lied sangen und „Juda verreche!", „Juden raus!" riefen. Es kam zu Plänkeleien zwischen Nazis und republikanisch gesinnten Studenten. Man sah, wie einige Personen mit blutigen Köpfen weggeführt wurden.

Der Rektor, der von den Plänkeleien benachrichtigt wurde, erschien in der Halle und forderte die streitenden Parteien auf, sich zu trennen und nach rechts und links zu treten. Der Aufforderung des Rektors wurde Folge geleistet. Der Rektor forderte die streitenden Parteien auf, durch verschiedene Tore das Universitätsgebäude zu verlassen, und bat die Führer um ihr Ehrenwort, daß sie dafür sorgen, daß Friede gehalten werde. Nachdem die Ansprache des Rektors still angehört wurde, ergriff der Führer der Nazi-Studenten das Wort und stellte die Bedingung, daß die „Juden zuerst gehen" sollen. Diese Bedingung konnte der Rektor nicht erfüllen, so daß sein Vermittlungsversuch damit gescheitert war. Unter Führung des Rektors verließen die linken Studenten die Halle und das Universitätsgebäude, während die Nazis von den Pedellen nach der anderen seite hin abgedrängt wurden und das Universitätsgebäude verließen. Dabei kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen Links und Rechts, die sich nachher in der Universitätsstraße, wo sich beide Züge trafen, erneuerten. Die herbeigeeilte Polizei war bemüht, die beiden Lager voneinander abzudrängen, konnte aber nicht verhindern, daß es wieder blutige Köpfe gab. In der Straße Unter den Linden kam es dann noch zu schweren Zusammenstößen, wobei die Polizei mit Gummiknüppeln nach rechts und links einhieb und schließlich die Menge zerstreute. Ob auch jüdische Studenten verletzt wurden, war nicht zu ermitteln. Die Universität bleibt heute und morgen geschlossen.

Berlin, 1. Juli. (JTA.) Der Rektor der Berliner Universität hat am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags, mit den Vertretern der Studentenverbände verhandelt, um den durch die gestrigen Tumulte an der Universität, die bekanntlich einen antisemitischen Charakter getragen haben, entstandenen schweren Konflikt beizulegen.

Der Deutsche Studentenverband, die sozialistische und auch die kommunistische Studentenschaft gaben die Erklärung ab, daß sie sich allen Weisungen des Rektors bedingungslos unterwerfen würden. Die Studentengruppe des Jungdeutschen Ordens schloß sich dieser Erklärung an.

Die Vertreter der nationalsozialistischen Studentenschaft erwiderten jedoch, daß sie eine solche Erklärung ihrerseits nicht abgeben könnten, es sei denn, daß die jüdischen Studenten aus der Berliner Universität verschwinden würden.

Der Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. Lüders, wies auf die Unhaltbarkeit dieser Forderung hin. Alle Bürger seien nach der Verfassung vor den Gesetzen gleich.

Darauf erklärten die Nationalsozialisten, daß sie vorläufig noch nicht darauf bestehen würden, daß die jüdischen Dozenten entfernt würden. Doch müßten sie daran festhalten, daß die jüdischen Studenten entfernt würden.

Im Laufe der Verhandlungen mäßigten die nationalsozialistischen Studenten ihre Forderung dahingehend, daß die jüdischen Studenten zwar an der Universität bleiben könnten, daß ihnen aber nicht

mehr gestattet werden dürfe, sich in der Vorhalle aufzuhalten oder diese beim Eintritt der Universität zu durchschreiten.

Der Rektor erkärte, daß er auch diese Forderung nicht annehmen könne. Die Verhandungen wurden nach diesem provozierenden Verhalten der nationalsozialistischen Studentenschaft abgebrochen, nicht ohne daß der Rektor darauf hingewiesen hätte, daß am 1. Juli der Senat zusammentreten werde.

Berlin, 3. Juli. (JTA.) Die Tore der Universität Berlin, die zwei Tage lang wegen der antisemitischen Unruhen und der Forderung der Nazi-Studenten, daß jüdische Studenten das Universitätsgebäude nicht mehr betreten sollen, geschlossen waren, wurden am Sonnabend morgen wieder geöffnet, nachdem die Führer aller Studentengruppen, unter ihnen die der Nazi-Studenten, das Versprechen gegeben haben, daß Burgfrieden gehalten werden wird.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus

hielt seine diesjährige Tagung in Dresden ab. Der Vorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Gothein, wies in der Einleitungsrede auf die Gefahren des Antisemitismus in Deutschland für die Gleichberechtigung der Deutschen im Auslande hin. Der Leipziger Historiker, Prof. Walter Goetz, hielt ein Referat über die Geschichte des Antisemitismus, worauf Pfarrer Dietrich Graue (Berlin) über „Christentum und Antisemitismus" sprach. In die Versammlung hatten sich einige Nationalsozialisten eingeschlichen, die durch Zwischenrufe die Ausführungen Pfarrer Graues vergeblich zu stören versuchten.

Wieder antisemitische Exzesse in Wien

Wien, 28. Juni. (JTA.) Im Zusammenhang mit dem Prozeß Redakteur Reg.-Rat Ernst Klebinder gegen zwei S.A.-Leute, die ihn in einem Kaffeehaus geschlagen und verletzt haben, überfielen Nationalsozialisten in der Umgebung des Gerichts in der Leopoldstadt jüdische Passanten, wobei auch die Nazis ihr Teil Prügel abbekamen. Ein Nazi schoß aus einem Revolver und verletzte den jüdischen Passanten Moritz Gruschka. Die Polizei zerstreute die Menge und verhaftete einige Nazis. Von den „Züchtigern" Klebinders wurde einer freigesprochen, der zweite zu 20 Schilling Geldstrafe verurteilt.

Zionistisches Aktions-Komitee tagt vom 28. Juli bis 5. August in London

London, 28. Juni. (JTA.) Vom Zentralbüro der Zionistischen Organisation wird mitgeteilt, daß die Exekutive und das Präsidium des Aktions-Komitees beschlossen haben, das Aktions-Komitee der Zionistischen Organisation zu einer Sitzung in London für die Zeit vom 28. Juli bis 5. August einzuberufen.

Gleichzeitg wird mitgeteilt, daß das Administrative Committee der Jewish Agency vom 7. bis 9. August in London tagen wird.

Dizengoff zum Bürgermeister von Tel-Awiw wiedergewählt

Tel-Awiw, 20. Juni. (JTA.) Der neugewählte Stadtrat von Tel-Awiw traf gestern abend zur Wahl der Stadtexekutive und des Bürgermeisters zusammen. Nach längeren stürmischen Erörterungen wurde eine Exekutive gebildet, die sich ausschließlich aus Angehörigen des Mittelstandes zusammensetzt. Mayer Dizengoff wurde zum Bürgermeister wiedergewählt. Die Ansprüche der Arbeitervertreter, die über ein Drittel aller Stadtratssitze verfügen, daß sie aus ihrer Mitte den Vizebürgermeister stellen und daß ihnen noch andere Positionen im Stadtrat eingeräumt werden, wurden von der vereinigten Mittelstandsgruppe zurückgewiesen.

Die Wasserversorgung Jerusalems für die Zukunft gesichert

Jerusalem, 27. Juni. (JTA.) Der High Commissioner General Sir Arthur Wauchope empfing die Mitglieder des Jerusalemer Wasser-Ausschusses und erklärte ihnen, daß die noch in der Zeit der Türkenherrschaft erteilte Konzession zur Wasserversorgung Jerusalems, die bisher der Regierung wie dem Stadtrat in ihrem Bestreben, eine ausreichende Versorgung Jerusalems mit Wasser durchzuführen, hindernd im Wege stand, nunmehr als beendet gilt. Die legalen Schwierigkeiten, die der Aufnahme einer Anleihe zwecks Baus einer modernen Wasserleitung für Jerusalem entgegenstanden, seien nun behoben.

Der jüdische Rechtsanspruch auf 7000 Dunam Palästina-Boden nicht verjährt

Jerusalem, 27. Juni. (JTA.) Nachdem Palästina-Gerichte die Klage jüdischer Bodenkäufer gegen Abdullah Samara, der ihnen vor dem Kriege 7000 Dunam Boden in der Nähe des Wadi Havarith verkauft hatte, sich später aber weigerte, den Boden herzugeben, wegen Verjährung abgewiesen hatten, hat nun das Oberste Gericht Palästinas entschieden, daß die jüdischen Käufer ein Recht haben, gegen die erstrichterilchen Urteile Berufung einzulegen, da der Rechtsfall nicht verjährt sei.

Die jüdische Polizei von Tel-Awiw wird nun doch ein Teil der palästinensischen Landespolizei

Jerusalem, 29. Juni. (JTA.) Es steht nun fest, daß Ende Juni 1932 die ausschließlich aus Juden zusammengesetzte Polizei der jüdischen Stadt Tel-Awiw aufhören wird, als autonome Polizeigruppe zu existieren; sie wird — ebenso wie die Polizeieinheiten der übrigen Städte Palästinas — mit der palästinensischen Landespolizei verschmolzen und dem Landespolizeikommando unterstellt werden. Die jüdische Stadt Tel-Awiw, unterstützt von der gesamten Judenheit Palästinas, hat einen zähen Kampf um die Erhaltung des jüdischen Sondercharakters der Polizei von Tel-Awiw geführt, weil sie der Ansicht ist, daß in einer rein jüdischen Stadt nur eine aus Juden zusammengesetzte Polizei am Platze ist. Diese These konnte sich aber gegenüber den Regierungsautoritäten nicht durchsetzen.

Tagung des American Jewish Congress

Washington, 28. Juni. (JTA.) Am Sonntag, den 26. Juni, mittags, wurde in Washington die zehnte Jahrestagung des American Jewish Congress mit einer Ansprache des Ehrenpräsidenten des Congress, Rabbiner Dr. Stephen S. Wise, eröffnet. Stephen Wise widmete den Hauptteil seiner Rede der für den 14. August d. J. nach Genf einberufenen jüdischen Weltkonferenz und führte aus:

Im Geiste des Entgegenkommens haben wir das American Jewish Committee eingeladen, an der Konferenz in Genf im August teilzunehmen. Wir unterließen es nicht, Aufklärung darüber zu schaffen, daß die Teilnahme an der Genfer Konferenz nicht bindend sei hinsichtlich der Stellungnahme zu der Frage der Schaffung des Jüdischen Weltkongresses als ständiger Einrichtung.

Richter Julian W. Mack sprach ebenfalls zu dem Problem der jüdischen Weltkonferenz und richtete

die Mahnung an den American Jewish Congress, sich in dieser Angelegenheit nicht zu übereilen.

Nathan D. Perlman unterbreitete den Bericht des Administrative Committee des American Jewish Congress.

Am Sonntag abend fand zu Ehren der Kongreßdelegierten ein Dinner statt, bei dem Senator Borah, der Leiter des politischen Ausschusses des Senats der Vereinigten Staaten, der Hauptredner war. Senator Borah zollte den Bestrebungen der Juden ,ein jüdisches Nationalheim in Palästina aufzurichten, seine höchste Achtung und Sympathie und ermunterte die amerikanischen Juden dazu, für den Schutz ihrer jüdischen Genossen gegen Entrechtung und Verfolgung überall in der Welt einzutreten.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Auktion der Judaica-Sammlung S. Kirschstein bei Hugo Helbing in München

Vom 12.—14. Juli versteigert die Kunsthandlung Hugo Helbing die wertvolle jüdische Sammlung Kirschstein. Zu dem hochinteressanten illustrierten Katalog hat Herr Theodor Harburger ein Vorwort geschrieben, dem wir folgendes entnehmen:

Aus der großen Reichhaltigkeit kann nur einzelnes hervorgehoben werden. Von den Kultgeräten verdienen die Decke für die Beschneidung (Nr. 121), der große Chanukkah-Standleuchter aus einer polnischen Synagoge (Nr. 145) und vor allen Dingen die im Heime des Besitzers noch aufgestellte Synagogen-Einrichtung (Nr. 166) besondere Beachtung. Neben den Thorarollen, von denen eine durch ihren aufmontierten Silberschmuck (Nr. 167), eine andere wegen des Schreibmaterials (Hirschhaut) bemerkenswert ist, sind es die M'gilloth, die durch ihren künstlerischen Schmuck sich auszeichnen. Als wertvollstes Stück betrachtet er die M'gillah Nr. 182, die er als ältestes ihm bisher bekannt gewordenes illuminiertes Exemplar ansieht. Er vermutet ihren Urheber im Kreise der jüdischen Miniatoren, die die zweite Haggadah des Germanischen Museums und andere gleichartige Werke geschaffen haben. Auf dem Gebiete des Handschriftenwesens besitzt Kirschstein noch mehrere Unika, so die Haggadah auf 64 Rundblättchen (Nr. 213), das Psalmen-Ms. (Nr. 214) und das Gebetbuch (Nr. 215), das Abraham Farissol im Jahre 1485 in bester Zierschreiberkunst fertigte. Besonderes Interesse verdient die reichhaltige Kollektion von Portraits jüdischer Persönlichkeiten aus allen Gebieten und die Sammlung von historischen Dokumenten, die sich auf Juden und Judentum beziehen. Wir finden in der Kirschsteinschen Sammlung den S"MaG des Moses de Coucy in der Bombergschen Ausgabe von 1522 (Nr. 461), die von Fagius herausgegebenen „Sprüche der Väter" (Isny 1541, Nr. 462), Reuchlins Rudimenta Linguae hebraicae (Nr. 477) und Fürst's Bibliotheca Judaica (Nr. 601) sowie lexigraphische Werke. Vorhanden sind Bodenschatzens kirchliche Verfassung in Originalausgabe und Herrlibergers mächtiger Foliant. Spezialthemen wie Moses Mendelssohn, Jud Süss, Antisemitica werden berührt. Eine Reihe seltener Werke behandelt die Lokalgeschichte jüdischer Gemeinden. Besonders sei noch die Aufmerksamkeit gelenkt auf das große Konvolut Nr. 513, das in 151 Originalblättern die Entwicklung des jüdisch-hebräischen Buchdruckes aufzeigt.

Die Sammlung ermöglicht durch die Vielseitigkeit, mit der Kirschstein alle Gebiete jüdischer Kultur berücksichtigt hat, die wissenschaftliche Beschreibung des umfangreichen Stoffs in vielleicht nie wiederkehrender Weise.

Die Ziehung der K.K.L.-Wertlotterie

findet, wie bereits gemeldet, am Sonntag, den 10. Jui 1932, vormittags 10 Uhr im Büro des Jüdischen Nationalfonds, München, Herzog-Rudolf-Str. 1 Rgb. 1. Stock, statt und ist öffentlich. Gewinnlisten liegen ab Dienstag, den 12. Juli im Büro des Jüdischen Nationalfonds, ferner bei R. Minikes, Klenzestr. 61, S. Orljansky, Neuhauser Straße 29, und in der Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2, zur Einsichtnahme auf. Die Nummern der Hauptgewinne werden überdies noch im Jüdischen Echo veröffentlicht werden. Gegen Vorweis der Lose können die Gewinnste an jedem Werktag von 3—6 Uhr Herzog-Rudolf-Straße 1 Rgb. 1. St., abgeholt werden.

Preisträger der Universität München

Bei der Feier des Stiftungsfestes der Universität wurden die Namen der Preisträger genannt, die auf Grund ihrer Bearbeitung der von der Fakultät gestellte Preisaufgaben einen Preis erhielten. Den vollen Preis der medizinischen Fakultät mit dem Thema „Es soll die Säurebildung in der Haut (besonders Ameisen- und Milchsäure) unter normalen, pathologischen und experimentellen Bedingungen bei besonderer Berücksichtigung des Kohlehydratstoffwechsels untersucht werden" erhielt Herr Hugo Troller, München. Es ist das dritte Mal, daß in den letzten Jahren einem Münchner jüdischen Studenten der Preis zuerkannt wurde.

Sozialistischer Arbeitskreis

Mit dem Kursabend am Donnerstag, 30. Juni, ist das Sommersemester des sozialistischen Arbeitskreises beendet. Die Kurse werden Anfang September fortgesetzt.

Folgende Themen wurden besprochen: Im Kurs „Politische Ökonomie" die Widersprüche des Kapitalismus; die Ware und ihr Wert; der Wert als historische Kategorie; Geld und Preis; der Warenfetischismus; Kapital und Mehrwert. Im Kurs „Geschichte der Arbeiterbewegung" die französische Revolution und der Chartismus. Als Referenten wirkten Harry Obermayer, Ali Fröhlich und Armin Sonnenthal.

Ferienkurs Beth-Jakob im Sommer 1932 (5692)

Das Wiener Zentralinstitut von Beth-Jakob veranstaltet diesmal seine Sommerkurse im Semmeringgebiet. Die Leitung hat für zwei Monate wundervolle, luftige Räume in waldiger, freier Umgebung gemietet.

Die Ferienkurse dauern vom 10. Juli bis 10. September.

Ihr Zweck ist, den Teilnehmerinnen neben der körperlichen Kräftigung und Erholung in der klimatischen Landschaft einige Wochen jüdischen Gemeinschaftslebens und Gelegenheit zur Erweiterung des jüdischen Wissens zu bieten.

Es wird Unterricht in allen jüdischen Disziplinen in drei Kursen erteilt.

Der Preis für Wohnung, volle Verpflegung (fünf Mahlzeiten), Teilnahme an den Kursen usw. beträgt S. 7.50 pro Tag.

Sämtliche verfügbaren Freiplätze sind bereits vergeben.

Anmeldungen sind bis spätestens 25. Juli an die Beth-Jakob-Zentrale, Wien II, Leopoldsgasse 26, zu richten, woselbst auch alle Auskünfte erteilt werden.

Jüdischer Nationalfonds München

Fam. Orljansky gratuliert zur Hochzeit Orlof-Scheinmann ½ B. 3.—.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565, Fernsprecher München 29 74 49, Nürnberg 21 9 12

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 30. Juni 1932

Spendenbuch: Frau Hansi Erle anl. ihr. Genesung 10.—, Herr u. Frau S. Schuster anläßl. der Konfirmation ihrer Tochter Annie 10.—, Herr Adolf Reif anl. seines 65. Geburtstages 5.—, Herr u. Frau Dr. W. Krakenberger anläßl. der Konfirmation ihr. Sohnes Willy 5.—, Herr u. Frau Ing. Stamm anläßl. ihres Einzugs 3.—.

Bäume für Rosl Löb s. A.-Garten: Jos. Kraus anläßl. einer Jahrzeit 1 B. 6.—.

Wertzeichen: Bernh. Freimann 1 Telegramm —.50, Dr. Liebstädter 1 Telegramm —.50, Dr. Nußbaum 2 Telegramme 1.12.

Imi-Tasche: Josef Schuksteliski —.50.

Büchsen: Durch Friedl Uannah u. Rivkah Rapaport (Pfifferling 7.44, Neustädter 4.45, Weil 3.—, Hirschhorn 2.80, Silber 2.—, Levy, Hellmann, Fleischmann je 1.—, Friedmann —.56, Hirschheimer —.40) = 23.65.

Durch Ruth Strauß (M. Bein 3.—, Helene Bloch 2.50, Ellern 2.10, Landenberger 2.—, Oppenheimer 1.28, Hirsch 1.25, Dr. Wertheimber, Spielmann je 1.—, Götz —.30) = 16.43.

Durch Theo Heißer (Fritz Goldschmidt 6.17, Hillmann 4.16, Hirschhorn 3.70, Dr. Dankwerth (Wohng.) 3.40, Freimann 3.—, Wollner, Schwarzmann je —.60, Steinhardt, Fleischmann je —.47) = 22.57.

Durch Alfred Klaußner (Lazer 4.05, Rob. Kohn 2.—, Dr. Grünspecht 1.21, Aufhäuser, Dr. Frank, Dr. Geßner, Madjewski je 1.—, Bing —.50, Blumenfeld —.37) = 12.13.

Durch Dora Silbermann, 2. Rate (Leo Katzenberger 2.50, Dr. Löwenthal 2.—, Götz, Ottensooser je 1.—) = 6.50.

Durch Karl Goldmann (Dr. Thalmann 3.47, Dr. Lorch 1.28, Bäuml —.50) = 5.25.

Durch Jakob Zurawel (Dr. Nußbaum 6.50, Dr. Steckelmacher 3.12, Steinhardt 3.—, Kahn 2.—) = 14.62.

Durch Leo Grünbaum (Abrechnung folgt) 9.—
Durch Herbert Weißbarst von Grießmann 1.—.
Martin Thurnauer/Ludwigshöhe 3.—.

Büchsen: Horwitz 2.56, durch Bruno Rothschild aus Regensburg 6.80.

Summe: 165.13.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht: 5447.65.

STATT KARTEN
Wir geben bekannt, daß unser Sohn Benno am Schabbos, den 16. Juli in der Schomre Schabbos

בר מצוה

feiert. JUDA ENGELHARD und FRAU
Rumfordstraße 7/II



1932 Wochenkalender 5692

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	10	6	
Montag	11	7	
Dienstag	12	8	
Mittwoch	13	9	
Donnerst.	14	10	
Freitag	15	11	
Samstag	16	12	חקת בלק הפטרה והיה שארית (Micha 5, 6-14. 6, 1-8) פרק ד׳ ה׳ ו׳ (P. R. פרק ה׳)

ZIMMER VERMIETEN:

Zwei schöne leere Zimmer an alleinstehende Dame preiswert abzugeben, Goethestraße 5/II l.

Wilczynski, Dachauer Straße 45/II m., elegant möbliertes Wohn-Schlafzimmer mit Bad, Klavier, Telephon. RM. 35.—.

Engelhard, Hans-Sachs-Str. 8/1, hübsch möbliertes Zimmer, 25 RM.

Bernheim, Äußere Wiener Straße 4, einfach möbliertes Zimmer, 20 RM.

M. Weiß, Römerstraße 6/0, Tel. 35133, zwei Zimmer und Kammer, mit Küchen- und Badbenützung, möbliert oder leer, etwa 60 RM.

S. Kaufmann, Liebherrstraße 20, schönes sonniges Zimmer, möbliert, evtl. mit streng ritueller Pension, 30 RM.

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92 8 83

Wir bitten sich bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

71. Verkäuferin und Kontoristin, sehr gewandt, auch im Haushalt tüchtig, 27 Jahre alt.
72. Kontoristin, gut bewährt, perfekt in der französischen Sprache, 23 Jahre alt.
73. Korrespondentin, sehr tüchtig, mit guten Sprachkenntnissen, besonders im Italienischen.
74. Kontoristin, erfahren in der Lohnbuchhaltung, perfekt in Stenographie und Schreibmaschine.
75. Anfangskontoristin, gut begabt, mit sehr gutem Schulzeugnis.

II. Hausangestellte:

76. Kinderfräulein, das auch Hausarbeit verrichtet, zu vorschulpflichtigen Kindern.
77. Geprüfte Säuglings- und Kleinkinderpflegerin, in der Praxis gut bewährt.

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München